

Kamran Musayev

ZWISCHEN DEMOKRATIE UND AUTORITARISMUS

*Transformationsszenarien
im Baltikum und Südkaukasus*

campus

Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Kamran Musayev promovierte als DAAD-Stipendiat an der Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Kamran Musayev

Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Transformationsszenarien im Baltikum
und Südkaukasus

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51049-1 Print
ISBN 978-3-593-44101-6 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2019 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Dank	9
1 Einleitung	11
1.1 Forschungsstand.....	11
1.2 Aktualität und wissenschaftliche Relevanz des Themas	13
1.3 Methodisches Vorgehen.....	15
1.4 Kapitelüberblick.....	20
2 Theoretisch-analytische Grundlagen.....	23
2.1 Historischer Neoinstitutionalismus.....	23
2.2 Pfadabhängigkeit	27
2.3 Kontinuität und Wandel von Pfadabhängigkeit.....	31
2.4 Institutionenwandel und <i>Critical Junctures</i>	34
2.5 Modell zur vergleichenden Analyse von Systemwechseln und Staatsbildungsdynamiken	37
2.6 Die Phasen der Transformation.....	44
3 Die Liberalisierungsphase im Baltikum und im Südkaukasus	47
3.1 Der politische Aufbruch und die »Ära der Klubs«	47
3.2 Die »singende Revolution« im Baltikum.....	52
3.2.1 Volksfrontbewegungen.....	57
3.2.2 Bürgerkomitees versus Interfronten.....	63
3.3 Wechsel der Prioritäten: Zuerst Unabhängigkeit, dann Demokratisierung.....	70

3.3.1	Parade der Souveränitäten	73
3.3.2	Der baltische Weg: Befreiung von der Geschichte	81
3.4	Die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Republiken	89
3.4.1	Tabubruch: Litauen fordert die sowjetische Staatlichkeit heraus... 90	
3.4.2	Estland und Lettland – behutsam in die Unabhängigkeit	97
3.4.3	Doppelherrschaft im Kreml als Chance für die baltischen Staaten.....	100
3.4.4	Baltische Staaten: Wiederherstellung der Unabhängigkeit	104
3.5	Zusammenfassung.....	110
3.6	Matrjoschka-Nationalismus und die nationale Mobilisierung im Südkaukasus.....	111
3.7	Die »blutige Revolution« im Südkaukasus.....	115
3.7.1	Regimeöffnung in Georgien	115
3.7.2	Die Radikalisierung der nationalen Bewegung in Georgien nach den April-Ereignissen	123
3.7.3	Die institutionelle Weichenstellung in Armenien	132
3.7.4	<i>History War</i> zwischen Armenien und Aserbaidschan	135
3.7.5	Berg-Karabach als Katalysator der nationalen Mobilisierung	137
3.7.6	Strategiewechsel in Armenien: Erst die Unabhängigkeit.....	141
3.7.7	Der politische Aufbruch in Aserbaidschan	147
3.7.8	Die Meydan-Bewegung als Geburtsstunde der aserbaidschanischen Volksfront	148
3.7.9	Die »zurückgestellte« Demokratisierung Aserbaidschans.....	157
3.8	Die Unabhängigkeitserlangung der südkaukasischen Republiken.....	178
3.8.1	Bürgerkrieg in Georgien	178
3.8.2	Unabhängigkeitserklärung in Armenien	183
3.8.3	Die Wiederherstellung der Staatlichkeit in Aserbaidschan.....	187
4	Staatenbildungsdynamiken im Baltikum und im Südkaukasus.....	197
4.1	Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit.....	197

4.2	Reproduktion von Institutionen und Verfassungsgebung	198
4.2.1	Der russische Truppenabzug aus dem Baltikum.....	199
4.2.2	Estland: Eine neue Verfassung mit Bezug auf die eigene Geschichte	203
4.2.3	Demokratisierungsprozesse und Verfassungskompromiss in Litauen	206
4.2.4	Die wiedereingesetzte Verfassung von 1922 und die institutionelle Entwicklung in Lettland	209
4.2.5	Die Exil-Balten als »demokratischer Motor«	214
4.3	Zusammenfassung.....	220
4.4	Die gescheiterte Demokratisierung in Georgien.....	222
4.4.1	Neuanfang mit alten Eliten	222
4.4.2	Autoritäre Stabilisierung in Georgien.....	227
4.5	Die Reautoritarisierung Aserbaidshans.....	232
4.5.1	Chaotischer Machtkampf in Baku	232
4.5.2	Gescheitertes Demokratisierungsexperiment in Aserbaidshans.....	237
4.5.3	Militärputsch und Rückkehr des Patriarchen	245
4.5.4	Erdölverträge als Durchbruch aus der regionalen Isolation	251
4.6	Renaissance des Autoritarismus in Armenien	258
4.6.1	Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit	258
4.6.2	Schleichende Autokratisierung Armeniens	267
4.6.3	Palastrevolte und Machtergreifung durch den Karabach-Clan.....	275
4.7	Zusammenfassung.....	284
5	Konsolidierte Demokratien versus hybride Regime: Baltikum und Südkaukasus im Vergleich	289
5.1	Institutionelle Konsolidierung und Verfassungsprinzipien im Baltikum	289
5.2	Superpräsidentialismus im Südkaukasus.....	290
5.3	Präsidentialismus versus Parlamentarismus	291

5.4 Demokratische versus hybride Regime	298
5.4.1 Herrschaftslegitimation im Baltikum.....	300
5.4.2 Herrschaftslegitimation im Südkaukasus	324
5.4.3 Herrschaftsausübung im	351
5.4.4 Herrschaftsausübung im Südkaukasus	359
5.4.5 Herrschaftsstrukturen im Baltikum	377
5.4.6 Herrschaftsstrukturen im Südkaukasus	386
5.4.7 Herrschaftsumfang im Baltikum.....	396
5.4.8 Herrschaftsumfang im Südkaukasus.....	411
6 Geografie, Geopolitik und interne Verfasstheit im Baltikum und im Südkaukasus	423
6.1 Theoretische Konzepte: Internationale Einflüsse auf Demokratisierungsprozesse	423
6.2 Baltikum und Russland.....	427
6.3 Die Westbindung der baltischen Staaten.....	432
6.4 Außenpolitik der Südkaukasus-Staaten im regionalen Kontext	438
6.4.1 Südkaukasus und Russland (GUS)	438
6.4.2 Südkaukasus und die Türkei.....	449
6.4.3 Südkaukasus und Iran.....	451
6.4.4 Integration des Südkaukasus in die euro-atlantischen Strukturen	453
7 Resümee.....	459
Abbildungen	465
Interviews	466
Abkürzungen.....	467
Periodika, Zeitungen, Zeitschriften, Studien	471
Literatur.....	473

Dank

Das vorliegende Buch ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung meiner Dissertationsschrift, die ich an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt eingereicht und im Mai 2018 verteidigt habe. Zuallererst möchte ich mich bei dem Deutschen Akademischen Austauschdienst für die Gewährung eines Promotionsstipendiums sowie bei dem Johannes-Rau-Stipendium für ein Abschlussstipendium bedanken; beides ermöglichte mir die Anfertigung meiner Dissertation. Mein herzlicher Dank gilt vor allem meinem Doktorvater an der KU Eichstätt, Herrn Prof. Dr. Leonid Luks, der mich während der gesamten Promotionszeit tatkräftig unterstützte, stets förderte, vertrauensvoll und wertschätzend begleitete und mir bei Themenstellung und Verfassen genügend Freiraum gab. Ebenso herzlich richtet sich mein Dank an Herrn Prof. Dr. Klaus Schubert, der als Zweitbetreuer wichtige Anregungen für die politischen Betrachtungen meiner interdisziplinär angelegten Arbeit gab. Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. phil. Friedbert W. Rüb, der mir in verschiedenen Phasen meiner Arbeit wertvolle Hinweise theoretischer und konzeptioneller Art gab. Des Weiteren möchte ich meinen besonderen Dank Herrn Prof. Dr. Thomas Poguntke aussprechen, der mir ermöglichte, am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ein Forschungsjahr zu verbringen. Besonders bedanke ich mich bei meinen Freunden Rail und Zaur, die bereitwillig ihr Wissen mit mir teilten, sich die Zeit für ausführliche Diskussionen nahmen und mich in den zähen Phasen der Dissertation ermutigten. Anerkennung gebührt auch Jürgen Volk, der mir bei der Korrektur der Arbeit und bei der Erledigung der stilistischen und orthografischen Probleme zur Seite stand. Schließlich danke ich herzlichst Miryam Schellbach und Barbara Stüdemann vom Campus Verlag für eine sehr gute Zusammenarbeit.

Mein inniger Dank gilt meinen Eltern, meiner Liebe und meiner Tochter, denen dieses Buch gewidmet ist. Meinen Eltern danke ich für ihre Zuneigung, moralische Unterstützung und Geduld. Bei meiner lieben Frau möchte ich mich bedanken, weil sie alle Höhen und Tiefen der Dissertation mit mir durchlebte. Meiner Tochter bin ich dankbar dafür, dass sie geduldig auf Papa gewartet hat und erst neun Tage nach meiner Disputation auf die Welt kam.

1 Einleitung

1.1 Forschungsstand

Die nach dem Zerfall der Sowjetunion allortorts wahrnehmbare Euphorie, die das »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) ausgelöst hatte und die mit der Hoffnung auf Demokratisierung der postsozialistischen autoritären Regime verbunden war, ist heute, knapp drei Dekaden später, in der vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung verschwunden und einer Ernüchterung gewichen. Trotz des erhofften globalen Siegeszugs der Demokratie blieben die Transformationsprozesse in einigen Regionen auf der Strecke und führten zu einer Reautoritarisierung der politischen Regime.

Die Transformationsforschung fokussierte sich nach der Wende in ihren Studien überwiegend auf die Erfolgsgeschichten in Mittelosteuropa. Trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen sind die Demokratisierungsprozesse in den meisten ehemals sowjetischen bzw. jugoslawischen Republiken jedoch gescheitert. Abgesehen von Russland wurden die Ursachen dieser gescheiterten Transformationen in den besagten Regionen kaum wissenschaftlich aufgearbeitet. Im postsowjetischen Raum vollzog sich der Transformationsprozess unterschiedlich. Die Demokratie hat sich unterdessen nur in wenigen Staaten etabliert, einige erleben sogar eine Renaissance der autoritären Regime, eine dritte Gruppe schwebt in einer Grauzone zwischen Demokratie und Autoritarismus.

Die vorliegende Dissertation ist eine empirische und vergleichende Studie über die unterschiedlichen Transformationsszenarien im postsowjetischen Raum. Dabei werden zwei Regionen in den Mittelpunkt gerückt, die sich nach 1991 völlig unterschiedlich entwickelt haben: das Baltikum und der Südkaukasus, wobei versucht wird, die Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungen in diesen Regionen zu erarbeiten. In der Studie werden durch vergleichende Methoden die empirische Plausibilität von kausalen Zusammenhängen bzw. Hypothesen hinsichtlich unterschiedli-

cher Entwicklungsdynamiken, konstitutioneller Strukturen und etablierter Regierungssysteme analysiert.

Es wird hierbei also auf zwei periphere Regionen Bezug genommen, die bisher von der komparativen Systemtransformationforschung nur am Rande berücksichtigt worden sind. Warum gerade diese Regionen? Oft sind es die Geografie und die Geschichte, welche die internationale Identität einer Region ausmachen. Somit liegt die erste Besonderheit darin begründet, dass sowohl die baltischen als auch die südkaukasischen Staaten durch ihren damaligen Peripheriestatus als Grenzstaaten des russischen bzw. sowjetischen Imperiums ein gemeinsames Kennzeichen aufweisen. Das historische Trauma, das die koloniale Präsenz Russlands hinterlassen hat, wie auch ihre Verletzbarkeit angesichts der politischen und wirtschaftlichen Macht Russlands, haben die baltischen und südkaukasischen Nationen dazu veranlasst, sich füreinander zu interessieren. Das Baltikum und der Südkaukasus sind zwei geografisch getrennte, aber geschichtlich verbundene Regionen. Zunächst wäre zu vermuten, dass zwischen diesen Regionen, mit ihrer jeweils relativ bescheidenen Größe, die an der süd- bzw. nordöstlichen Grenze Europas und damit relativ weit voneinander entfernt liegen, geschichtlich gesehen wenige Verknüpfungspunkte vorhanden sind. Paradoxerweise ist das nicht der Fall, sogar das Gegenteil lässt sich sagen, denn schon relativ lange bestehen besondere Beziehungen zwischen diesen Regionen.

Von Beginn des 19. Jahrhunderts bis ins Jahr 1918 hinein gehörten beide Regionen zum Zarenreich. Nach den ersten Unabhängigkeitserklärungen der einzelnen Staaten setzte sich die Zusammenarbeit weiter fort. Die baltischen Staaten wurden 1920 international anerkannt und traten dem Völkerbund bei. Eine militärische Intervention der Sowjets scheiterte 1919 in den baltischen Ländern. Im Südkaukasus (1920–1921) hingegen waren die Militäreinsätze erfolgreich, weshalb die Länder des Südkaukasus nicht den gleichen Status im Völkerbund erlangen konnten wie die baltischen Staaten. Die wichtigsten Gründe für die unterschiedlichen politischen Verläufe im Baltikum und im Südkaukasus sind in der Geschichte, in der gesetzlichen Lage und in der nationalen Situation der betreffenden Länder zu suchen. Als die Sowjetunion 1940 die baltischen Staaten besetzte, nachdem das sowjetische Russland sie 1920 als souveräne Staaten anerkannt hatte, wurde dieses Vorgehen von der internationalen Gemeinschaft folglich als eine Aggression und unrechtmäßige Annexion angesehen, was im Südkaukasus nicht der Fall war. Nach dieser Okkupation der

baltischen Länder durch die Sowjetunion lebten die Völker beider Regionen bis zum Zusammenbruch des Regimes unter einem politischen Dach. Erst seit dem Zusammenbruch werden die baltischen Staaten als postsowjetische Ausnahmefälle bezeichnet. Sie bilden eine besondere Gruppe unter den postkommunistischen Staaten: Sie verfügten als sowjetische Teilrepubliken über keine eigene Staatlichkeit, sind aber zusammen mit fünf weiteren Ostblockstaaten als einzige postsowjetische Republiken Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der NATO geworden (Reetz 2008: 229f). Was den Südkaukasus anbelangt, ist der Demokratisierungsprozess mit dem Ausbruch der territorialen Konflikte (vorerst) gescheitert.

1.2 Aktualität und wissenschaftliche Relevanz des Themas

Der Südkaukasus kann als Synonym für den Krieg infolge der Sezessionsbestrebungen begriffen werden, die sich in den chaotischen politischen Entwicklungen der 1990er Jahre manifestierten und in autoritäre Herrschaftstendenzen, in Bürgerkrieg sowie übermäßige bis maßlose Korruption mündeten. Als Gegenbeispiel hierzu gelten alle drei baltischen Republiken, die, abgesehen von einer exklusiven Minderheitenpolitik, zu den etablierten Demokratien mit funktionierenden staatlichen Strukturen gezählt werden.

Auf den ersten Blick war die Ausgangssituation des Südkaukasus für den *Nation-Building*-Prozess, der für viele Transformationsforscher zu den zentralen Voraussetzungen eines erfolgreichen Systemwechsels zählt, wesentlich günstiger als diejenige des Baltikums. Während der Sowjetherrschaft schützten sich alle drei südkaukasischen Staaten gegen die Einmischungen des Zentrums (Moskau) (vgl. Christophe 2002: 1217–1234). Es gelang hierbei, anders als im Baltikum, die eigenen Nationalsprachen auf Verfassungsebene verankern zu lassen. Einzig die Verfassungen (1978) der drei südkaukasischen Republiken bekamen innerhalb der gesamten Sowjetunion die Freiheit zugesprochen, dass die jeweilige Sprache auf dem Territorium der jeweiligen Republik als Staatssprache gilt. Beide periphere Regionen bildeten später, dem Vorbild der *Solidarność*-Bewegung in Polen folgend, Massenmobilisierungsorganisationen, d.h. Volksfronten. Obwohl sich die Gründungsidee der Volksfront sowie deren Umsetzung zunächst im Baltikum vollzog, übertrafen die Ereignisse in den südkaukasischen

Republiken, hinsichtlich ihrer Dauer und ihrer Ausmaße, die Entwicklungen im Baltikum (Auch 2009: 36).

Innerhalb dieses Prozesses besaßen aber auch die baltischen Republiken einige Vorteile gegenüber dem Südkaukasus. Die moderne Staatlichkeit aus der Zwischenkriegszeit erwies sich als entscheidender Vorteil der Balten beim *State-Building*-Prozess. Sie griffen somit beim Aufbau der Institutionen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurück. Die schwach ausgeprägte Institutionalisierung und die Kurzlebigkeit der ersten Republiken ermöglichten es den südkaukasischen Staaten nicht, sich auf eine eigene, positiv besetzte Vergangenheit zu beziehen, die als Orientierungshilfe zur Neueinrichtung der Institutionen und zum Ausbau der Verfassungsgebung hätte dienen können (vgl. Rüb 1996: 126). Außerdem gehörten die im Westen sozialisierten und ausgebildeten Exil-Balten zum wichtigsten Elitenfaktor während des Aufbaus der Demokratie. Dieses Phänomen und seine Wirkung blieben im Südkaukasus aus und führten später dazu, dass die (post-)sowjetischen Parteikader, die bereits während der Sowjetunion regierten, erneut an die Macht kamen. Die meisten Politiker, und auch die Vertreter der Zivilgesellschaft, kamen in den 1990er Jahren im Kaukasus gewöhnlich aus der kommunistischen Nomenklatura, die nicht willens war, den demokratischen Verfahrenskonsens zu akzeptieren (vgl. Maćkow 1999: 1369ff.).

Die vergleichende Regimeforschung im postsowjetischen Raum wurde von westlichen Transformationsforschern nur bedingt in den Blick genommen. Christophes Artikel gehört zu den wenigen Studien, in denen impliziert Transformationsabläufe im Baltikum und Südkaukasus miteinander verglichen werden. Am Beispiel Litauens und Georgiens versucht die Autorin, durch die Analyse der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten die unterschiedlichen Entwicklungsszenarien zu rekonstruieren. Im Zentrum ihrer These steht das Konzept »Nation(-alismus) als Ressource«, was in Zeiten des politischen Wandels sowohl zur Modernisierung einer Gesellschaft als auch zur Reproduktion der autoritären Verhältnisse dienen kann. Während die Litauer bei der Konstruktion der nationalen Identität kritisch mit der Vergangenheit umgingen und die Defizite der eigenen Geschichte aufarbeiteten, blieben die Georgier »der Tradition einer ungebrochenen Glorifizierung der Vergangenheit verpflichtet« (Christophe 2002: 1217ff.).

Weiter stellt die vorliegende Arbeit auch die von der Transformationsforschung vernachlässigten Kategorien *Staatlichkeit* und *Konflikt* bzw. *Krieg*

ins Zentrum der Betrachtung. Dabei ist die Drei-Elemente-Konzeption Jellineks – die Integrität von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt – von großer Bedeutung (Merkel 2007: 428ff.). In Bezug auf die untersuchten Regionen lassen sich zwei unterschiedliche Modi der Transformationsprozesse feststellen. Während der Systemwechsel in den baltischen Staaten friedlich ablief, wurden die südkaukasischen Republiken durch Sezessionsbestrebungen bzw. Krieg erschüttert. Im Südkaukasus, wo die Jellinek'sche Trinität eines funktionierenden Staatswesens durch die Konflikte verletzt wurde, führte dies zu einer Reautoritarisierung der politischen Regime. Die funktionierende Staatlichkeit ist für den Aufbau der Demokratie unentbehrlich: »Without a state, there can be no citizenship; without citizenship there can be no democracy« (Linz/Stepan 1996: 28). Hierbei wird der Einfluss des Konflikts in den südkaukasischen Staaten auf Aspekte wie die nationalen Bewegungen und die Neueinrichtung der staatlichen Institutionen innerhalb des Transformationsablaufes hin analysiert und in eine Dimension der Zeitlichkeit bzw. in verschiedene Etappen eingeteilt.

Ein weiterer Aspekt, der in der vorliegenden Arbeit zur Untersuchung der divergierenden Demokratisierungsprozesse hinzugezogen wird, sind die von der Demokratieforschung unterschätzten Merkmale wie die geografische Lage und die geopolitische Konstellation der beiden Regionen. Je demokratischer die Nachbarstaaten und die Regionalmächte sind, desto größer sind die Chancen, einen Staat zu demokratisieren (Gleditsch 2000: 35). Die demokratischen Großstaaten haben ein Interesse an der Errichtung von Demokratien in ihrer Nachbarschaft, um die eigene unmittelbare Umgebung zu stabilisieren. Die autoritären Regime sehen dagegen kleine Demokratieinseln in ihrer Nachbarschaft als Bedrohung für die eigene autoritäre Herrschaft an. Und in den Regionen, in welchen der Kampf um die regionale Vorherrschaft noch nicht beendet wurde, ist es schwer, Stabilität und Frieden zu schaffen.

1.3 Methodisches Vorgehen

Gegenstand dieser Arbeit sind die Ursachen der divergierenden Transformationsverläufe im Baltikum und Südkaukasus in einem Zeitraum von ca. 30 Jahren – von der Perestroika bis zu den politischen Entwicklungen im Jahre 2018. Zu Beginn werden daher die Thesen und Erklärungsansätze

für die unterschiedlichen Entwicklungsszenarien in beiden Regionen bei ähnlichen Strukturen, Voraussetzungen und Ausgangssituationen herausgearbeitet. Methodisch betrachtet ist der Vergleich ein zentrales, aber auch konstitutives Element der vorliegenden Arbeit. Dabei wird auf die *komparative* Methode (Lijphart 1971) der Vergleichenden Politikwissenschaften zurückgegriffen, indem der synchrone interregionale Vergleich der Mehrländerfallstudie aufgegriffen wird. Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen politischen Phänomene festzustellen und kausale Zusammenhänge zu erkennen, zählt die vergleichende Methode innerhalb der Forschung zu den ausgewiesenen Herangehensweisen der Politikwissenschaft (Prittowitz 2007: 13; Muno 2009: 113ff.).

Die komparative Methode ermöglicht es, das Erkenntnisziel durch eine systematische und komparative Untersuchung empirischer Phänomene (Fälle) offenzulegen und die entscheidenden Variablen zu kontrollieren. Die Fälle selbst bilden eine der zentralen Einheiten des Vergleichs, die in sich räumlich und zeitlich abgegrenzt sind. Um eine komparative Studie besser zu strukturieren, wird auf die Verwendung von Variablen zurückgegriffen. Diese Variablen helfen, die Komplexität des Forschungsgegenstandes mit einem reduktionistischen Ansatz zu erfassen (Lauth u.a. 2015: 19–32; Landman 2000). Im Fall einer kausalen Analyse erlauben hierbei vier Gruppen von Variablen, die untersuchungsrelevanten Faktoren zu bestimmen: Die *vorgängigen* Variablen identifizieren die historisch-kulturellen Einflüsse für die gegenwärtigen Entscheidungen, die wiederum eine Wirkung auf die Zukunft haben (Rüb 2001: 71). Die *abhängigen* Variablen (Demokratie, hybride Regime) bezeichnen das zu erklärende Phänomen (Explanandum). Die *unabhängigen* Variablen sind die Faktoren, die zur Erklärung der vermuteten Ursachen des Phänomens herangezogen werden. Die *intervenierenden* Variablen erfassen die Randbedingungen, die eine ermittelnde Drittfunktion zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen erfüllen (vgl. Linz/Stepan 1996). Sie sind zwischengeschaltete Variablen, die oftmals in der Forschung vernachlässigt werden, obwohl ihr Anteil für die Komparatistik nicht zu unterschätzen ist (Berg-Schlosser 2003: 109). In der vergleichenden Arbeit lassen sich die Untersuchungsformen vor allem anhand zweier Kriterien unterscheiden: der Anzahl der in die Studie einbezogenen *Variablen* und der Anzahl der berücksichtigten *Fälle* (Aarebrot/Bakka 2003: 58f.). Aus diesen zwei methodischen Untersuchungskriterien heraus werden in Anlehnung an Lijphart (1971) drei in den Sozialwissenschaften relevante Vergleichsmethoden entwickelt: die Einzelfallstu-

die, die statistische und die komparative Methode. Nach Anzahl der *Variablen* und *Fälle* entstehen die Unterschiede zwischen den Vergleichsmethoden: Die *Einzelfallstudie (case study)*, wie es die Definition bereits impliziert, untersucht bei einer hohen Anzahl an Variablen nur einen Fall allein. Ihr Vorteil liegt in einer detaillierten Analyse des Forschungsgegenstandes begründet. Durch die Rekonstruktion der Zusammenhänge können die möglichen Ursachen des Falls herausgefunden werden.

In der *statistischen* Methode wird eine große Anzahl von Fällen in Kombination mit einer geringeren Variablenzahl eingesetzt (Muno 2009: 113f.). Quantitative Analysen beziehen aus einer großen Zahl an Fällen ihre Ergebnisse über generalisierbare Kausalbeziehungen und sind vorteilhaft bezüglich eines hohen Maßes an Verallgemeinerbarkeit, wobei jedoch die daraus resultierende schwache theoretische Tiefenschärfe zu berücksichtigen ist (Lauth u.a. 2015: 49f.; Lauth/Winkler 2010: 54f.).

Bei der *komparativen* Methode wird eine mittelgroße Anzahl an Variablen und Fällen zur Untersuchung herangezogen. Zur Erklärung der divergierenden Transformationsszenarien im Baltikum und im Südkaukasus wird die komparative Methode verwendet, die über ein klares, kontrolliertes Forschungsdesign verfügt. Sie versucht, die Variablen so zu kontrollieren, dass einzelne Kausalbeziehungen voneinander getrennt und analysiert werden können. Um die ähnlichen und doch sehr unterschiedlichen Fälle miteinzuschließen, wurden von Przeworski und Teune zwei Arten an Forschungsdesigns, das *most similar cases design (MSCD)* und das *most dissimilar case design (MDCD)*, entwickelt (vgl. Przeworski/Teune 1970: 32ff.). Sie gehen auf die von John Stuart Mill (1843) in seinem grundlegenden Werk *A System of Logic* erarbeitete Differenz- und Konkordanzmethode zurück (Rohlfing 2009: 134f.).

Bei der Differenzmethode variiert, genauso wie beim MSCD, die abhängige Variable bei sehr ähnlichen Fällen. Dagegen ähneln in der Konkordanzmethode die abhängigen Variablen bei unterschiedlichen Fällen, was dem MDCD entspricht (George/Bennett 2005: 165). Trotz vieler Ähnlichkeiten unterscheiden sich die von Przeworski und Teune sowie Mill entwickelten Methoden durch unterschiedliche Akzentuierungen und Prioritätensetzungen. Während Mills Differenz- und Konkordanzmethode ein Analyseverfahren des Vergleichens darstellt, dienen *most similar* und *most different systems design* dem analytisch effizienten Fallauswahlverfahren. Dabei können neue Forschungsdesigns wie etwa *similar system with different outcome*

(SS-DO) oder *different systems with similar outcome* (DS-SO) kreiert werden (Jahn 2013: 239f.).

Das *most similar systems design* stellt die komparative Methode schlechthin dar, weil sich die Fallauswahl hier als ein wesentliches Kriterium erweist. Die vergleichende Methode wird bezeichnet als »method of testing hypothesized empirical relationships among variables on the basis of the same logic that guides the statistical method, but in which the cases are selected in such a way as to maximize the variance of the independent variables and to minimize the variance of the control variables« (Lijphart 1975: 164). Entscheidend für die Fallauswahl ist die Konstellation der unabhängigen und abhängigen Variablen.

Dennoch orientiert sich die vergleichende Studie (Baltikum versus Südkaukasus), was die Auswahl der Fälle angeht, an der Analysemethode Mills. Bezogen auf die Differenzmethode werden in der vorliegenden Arbeit ähnliche unabhängige Variablen und stark variierende abhängige Variablen (Demokratie, Autoritarismus) analysiert. Das Forschungsdesign der ähnlichen Fälle mit unterschiedlichen Resultaten (*similar systems with different outcomes*) ist jedoch eine grundsätzliche Ausrichtung der unterschiedlichen Transformationsabläufe in den beiden zu erforschenden Regionen. Zur Erklärung der unterschiedlichen abhängigen Variablen werden die unabhängigen Variablen herangezogen. Außerdem sollen die unabhängigen Variablen, die als Ursache für das Phänomen (abhängige Variable) angesehen werden, relativ ähnlich, aber nicht identisch gehalten werden (Przeworski/Teune 1970: 38; Lijphart 1975: 159). Im Rahmen der Differenzmethode sollen die abhängigen Variablen (Ergebnis – Demokratie versus Autoritarismus) benannt, unabhängige Variablen (Ursachen) identifiziert und die Fälle (zwei Regionen – Baltikum und Südkaukasus) ausgewählt werden.

Da die Untersuchung mehrere, ungefähr 30 Jahre andauernde Transformationsprozesse umfasst, wird darüber hinaus auch die Methode des *process tracing* (Prozessanalyse – vgl. Schimmelpfennig 2006) zur Erklärung der in unterschiedlichen Zeitdimensionen stattfindenden Prozesse herangezogen (George/Bennett 2005: 205f.). Der Vorteil dieser Methode liegt darin, dass sie es ermöglicht, die Verbindungen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen mithilfe einer Kausalkette bzw. durch kausale Sequenzen zu rekonstruieren und zu identifizieren. Außerdem können zeitlich weit auseinanderliegende Ereignisse aufeinander bezogen werden (Pierson 2004). Der Schwerpunkt beim *process tracing* liegt in der histori-

schen Dimension. Die politischen Prozesse werden in Etappen eingeteilt und in ihrer Genese kontextualisiert. Der Etappenschritt erleichtert die Überprüfung komplexer, zu analysierender Kausalzusammenhänge und aus der Theorie hergeleiteter Hypothesen durch eine Aufspaltung in eine Reihe von kleineren kausalen Analyseeinheiten (Jahn 2013: 336).

Die für eine vergleichende Analyse zwischen Baltikum und Südkaukasus notwendigen Informationen wurden durch die Auswertung von unter anderem Periodika, Zeitungsartikeln, Dokumenten, Zeitschriften, Interviews und wissenschaftlichen Studien gewonnen. Die empirische Basis wurde nicht nur aus der Sekundärliteratur, sondern vorwiegend aus Primärquellen, Archivadokumenten und Materialerhebungen in den untersuchten Ländern generiert.

Das Ziel der Arbeit ist es, die Perspektive der politischen Prozesse »von unten« zu zeigen. Dabei sollte die verstreut zugängliche Literatur nicht zusammengeführt, sondern mithilfe eines analytischen Modells systematisiert und verglichen werden. Es wurden die bis dato von der Osteuropaforschung stiefmütterlich behandelten regionalen Zeitungs- und Zeitschriftenquellen in die vorliegende Arbeit integriert, ebenso die Forschungsarbeit zeitgenössischer regionaler Autoren. In der Aserbaidschanforschung zum Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre wurden aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse bei den Forschern ausschließlich die zentralen russischen Medien berücksichtigt. Die vorliegende Arbeit soll auch hier zur Schließung dieser Lücke beitragen, indem neue nichtrussischsprachige Quellen erschlossen werden. Hierfür wurden Interviews mit regionalen politischen Akteuren geführt und Interviews in lokalen und regionalen Medien analysiert.

Aufgrund der Aktualität des Untersuchungsgegenstands konnten auch mündliche Quellen und Zeitzeugen einbezogen werden. Die Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft und damaligen politischen Entscheidungsträgern halfen, die kausalen Zusammenhänge der Ereignisse herzustellen. Darüber hinaus wurden die Beobachtungen und Erfahrungen bei internationalen Konferenzen, in Seminaren, Workshops und Forschungsinstituten, bei Lehrtätigkeiten und bei forschungsbedingten Aufenthalten im Baltikum und Südkaukasus in die Arbeit integriert. Die Schreibung russischer, aserbaidschanischer, georgischer, armenischer, lettischer, litauischer und estnischer Namen, von Fachausdrücken und Abkürzungen folgt den Regeln der wissenschaftlichen Transkription. In einigen Fällen wird in

die deutsche Schreibweise eingebürgerte Form verwendet (»Gorbatschow« statt »Gorbačëv« usw.).

1.4 Kapitelüberblick

Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Transformationsszenarien im Baltikum und im Südkaukasus zu verdeutlichen, ist es notwendig, zunächst auf die theoretischen Grundlagen einzugehen. In dem der Einleitung nachfolgenden Kapitel 2 werden der theoretische Rahmen der Arbeit und die wichtigsten Variablen definiert. Ferner werden in diesem Kapitel theoretische Erklärungsansätze für den bei ähnlicher Ausgangssituation unterschiedlich verlaufenden Systemwechselablauf in beiden Regionen entwickelt. Dabei wird auf die Erkenntnisse des historischen (Neo-)Institutionalismus zurückgegriffen. Im Rahmen des historischen Institutionalismus wird sich mit den Konzepten der Pfadabhängigkeit und der *critical junctures* näher und tiefergehend auseinandergesetzt. Der historische Institutionalismus deckt die empirischen Anforderungen weitgehend ab und wird daher in den theoretischen Analyserahmen integriert. Er analysiert die Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Akteuren und den Institutionen und nimmt eine historische Perspektive ein. Die Historizität wird dabei ins Zentrum der Forschung gerückt. Dies ermöglicht, die vergleichenden politischen Phänomene im größeren historischen Kontext besser zu erklären. Bei der Erklärung der politischen Wandelprozesse wird der Zeitdimension eine besondere Bedeutung beigemessen (Pierson 2004: 2). Das Konzept der Pfadabhängigkeit gehört zu den wichtigsten Merkmalen des historischen Institutionalismus, denn es verbindet die unterschiedlichen multikausalen Wirkungszusammenhänge miteinander (Mahoney 2000). Eine neue Pfadentwicklung wird nach einem *critical juncture* eingeschlagen. Die institutionelle Weichenstellung (*critical juncture*) wird als ein historisches Zeitfenster gesehen, das einen Übergang vom autoritären Regime zur Demokratie ermöglichen könnte, aber nicht zwingend muss (Capocchia/Kelemen 2007). Wenn der historische Institutionalismus den Untersuchungsgegenstand in allgemeiner Form zu strukturieren bzw. zu prägen und bestimmte Zusammenhänge in den Fokus unserer Forschung zu rücken hilft, wird durch das Heranziehen der Variablen versucht, kausale Zusammenhänge bezüglich der Ursachen und Wirkungen bestimmter

Phänomene detailliert zu erklären. Die Auswahl der Variablen hängt von der gewählten Theorie ab. Außerdem setzen die Variablen den Rahmen für die Arbeit und dienen zur Reduktion der Komplexität (Lauth u.a. 2015: 4–10). Das Ziel ist hierbei, mit wenigen Faktoren in einer vergleichenden Analyse von Baltikum und Südkaukasus einen Großteil der Phänomene erfassen zu können.

Kapitel 3 analysiert die Liberalisierungsphase in beiden Regionen und ihren gleichzeitigen Sprung in den Wandel. Die Voraussetzung für eine eigenständige Transformationspolitik im Baltikum und im Südkaukasus war die Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität und damit einhergehend der Austritt aus der Sowjetunion. Dieser wäre ohne die sich zuspitzende Systemkrise der Sowjetunion Ende der 1980er Jahre nicht möglich gewesen. Dabei ist es wichtig, die unterschiedlichen Modi des Systemwechsels in beiden Regionen zu berücksichtigen. Während die Transformation im Baltikum friedlich verlief, wurde dieser Prozess im Südkaukasus von kriegerischen Auseinandersetzungen begleitet. Der Krieg wird sich später zum entscheidenden Faktor entwickeln, der Akteurkonstellationen, *State*- und *Nation-Building* und die Demokratisierungsprozesse in der Region negativ prägt.

Das Kapitel 4 bildet schlussendlich das Herzstück der vorliegenden Arbeit. Nach der internationalen Anerkennung ihrer Unabhängigkeit war für die baltischen und südkaukasischen Länder der Neuaufbau der eigenen Staatlichkeit die vordringlichste Aufgabe. Die baltischen Staaten sind die einzigen ehemaligen Sowjetrepubliken mit einer historisch unabhängigen Staatlichkeit und einer parlamentarischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Diese Zeit der »Ersten Republik(en)« ist der Bevölkerung noch im Gedächtnis. Im Fall der Kaukasus-Republiken ist die »Erste Republik« (1918–1921) lange her, wodurch aufgrund der Generationenwechsel die parlamentarische Demokratie in den Erinnerungen der Menschen nicht mehr verankert war. Darüber hinaus wiesen der Südkaukasus und das Baltikum beim Um- und Neubau der staatlichen Institutionen *unterschiedliche* Staatsentwicklungsdynamiken auf. Im Prozess der Verfassungsgebung orientierten sich die baltischen Staaten an der eigenen Geschichte und entschieden sich für starke parlamentarische Regierungssysteme, die südkaukasischen Republiken hingegen etablierten Regime mit starken Staatspräsidenteninstitutionen. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Institutionalisierungsphase gingen die Balten langsam zur Konsolidierung ihrer Demokratien über. Im Falle der südkaukasischen Republiken blieb der

Demokratisierungsprozess auf der Strecke. Die territorialen Konflikte im Südkaukasus führten zu Kriegen, innenpolitischen Instabilitäten, (Militär-) Putschen und zur Rückkehr der alten Eliten an die Macht. Der Übergang vom alten zum neuen Regime und die Etablierung der neuen Regierungssysteme wurden von einer Reautoritarisierung der Staaten in der Region begleitet. In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die kausalen Zusammenhänge der unterschiedlichen Entwicklungen im Baltikum und im Südkaukasus herauszufinden und vergleichend zu analysieren.

Im Kapitel 5 wird daran anknüpfend analysiert, warum sich, mit Ausnahme des Baltikums, der Südkaukasus und alle anderen GUS-Staaten zu einem Raum entwickelt haben, in dem die Systemtransformation in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bislang scheiterte und stattdessen »hybride« Regime entstanden. Was war der Grund für die rasche Konsolidierung der baltischen Staaten und für die Reautokratisierung der politischen Systeme in den südkaukasischen Republiken? Dabei wird auf die Diskussion um die Dichotomie von verschiedenen Regierungssystemtypen (Parlamentarismus vs. Präsidentialismus), auf die Etablierung oder das Scheitern der Demokratisierungsprozesse in den neu entstandenen Staaten zurückgegriffen. Zwei unterschiedliche Regierungsformen, politische Entwicklungsprozesse und der Stand der Demokratie im Baltikum und im Südkaukasus werden anhand der vier Merkmale Herrschaftslegitimation, Herrschaftsausübung, Herrschaftsstruktur und Herrschaftsumfang miteinander verglichen (Rüb 2002: 105f.).

Im letzten Kapitel geht es darum, die Frage zu beantworten, welcher Zusammenhang zwischen der internen Verfasstheit und der internationalen Politik besteht. Es wird geklärt, inwieweit die These zutrifft, dass die Chance auf eine Stabilisierung demokratischer Systeme umso höher ist, je demokratischer die Nachbarstaaten und die Regionalmächte sind. Denn die demokratischen Staaten haben ein Interesse daran, dass die Stabilisierung von Demokratien in ihrem unmittelbaren geografischen Umfeld voranschreitet und die Konflikte in diesen Regionen minimiert werden.

Abschließend sollen einerseits die Ursachen und Zusammenhänge bezüglich der Tatsache dargestellt werden, dass die baltischen Staaten als einzige ehemalige Sowjetrepubliken sowohl der EU als auch der NATO beigetreten sind, während andererseits der Frage nachgegangen wird, warum die Demokratisierung in den südkaukasischen Staaten stagnierte.

2 Theoretisch-analytische Grundlagen

In diesem Kapitel sollen der Forschungsgegenstand strukturiert und entsprechende Erklärungshypothesen bezüglich der wissenschaftlichen Problemstellung gebildet werden (Lauth/Winkler 2010: 44). Hypothesen helfen bei der Rekonstruktion der abhängigen und unabhängigen Variablen, die auf die Problemursachen und den kausalen Zusammenhang zwischen beiden Variablen abzielen. Dabei sollen die als mögliche Hypothesen für bestimmte Erklärungen in Betracht gezogenen Variablen einer Theorie zugrunde liegen. Durch die Theoriebildung wird versucht, mit möglichst wenigen Variablen mehr Phänomene erklärbar zu machen. Die Theorien bzw. Kontexttheorien ermöglichen, in allgemeiner Form den Forschungsgegenstand zu strukturieren und den Blick auf bestimmte Zusammenhänge zu richten (Lauth u.a. 2015: 5, 256f.).

2.1 Historischer Neoinstitutionalismus

Der Neoinstitutionalismus entstand als eine Gegenreaktion zur in den 1960er und 1970er Jahren übermächtigen Behaviorismus-Bewegung in der US-amerikanischen komparativen Politik- und Systemforschung, welche die Akteurpräferenzen ins Zentrum der politischen Analyse rückte. Durch die Erklärung der Interessen und des Verhaltens der Akteure versuchte der Behaviorismus, ein Modell der rationalen Handlungstheorie zu entwickeln, das in den Sozialwissenschaften der 1970er und 1980er Jahre dominierte. Anfang der 1980er Jahre erlebte die vergleichende Politikwissenschaft ihre Rückbesinnung auf den Stellenwert der staatlichen Institutionen (Thelen/Steinmo 1992; Hall/Taylor 1996). Dabei wird der Neoinstitutionalismus nicht als Alternative zum Behaviorismus gesehen, sondern baut auf diesen auf (Kaiser 2001: 270). An den behavioralistischen

Theorien wurden vor allem deren reduktionistische und utilitaristische Erklärungsansätze kritisiert, die Folgendes übergingen: »[...] social, political, and economic institutions have become larger, considerably more complex and resourceful, and prima facie more important to collective life« (March/Olsen 1984: 734).

Mit Arbeiten wie *Bringing the State Back in* (Evans u.a. 1985) oder später *Rediscovering institutions* (March/Olsen 1989) kehrte der Staat als politikbestimmender Faktor im Rahmen des Neoinstitutionalismus auf die Bühne der sozialwissenschaftlichen Forschung zurück. Der historische Institutionalismus ist hierbei ein wichtiges Element dieser Wende, weil er die Institutionen neu rekonzeptualisierte. Durch die Wiederentdeckung der Institutionen seitens des Neoinstitutionalismus erlebte die Systemtheorie eine Renaissance. Der *neue* Institutionalismus versucht, im Gegensatz zum *alten*, die unterschiedlichen Merkmale der beiden miteinander konkurrierenden Ansätze, die des systemtheoretischen und des akteurzentrierten, zu berücksichtigen, indem er neben den formellen auch informelle Institutionen in sein Erklärungsmodell miteinbezieht (Lauth/Thierry 2012: 272; Thelen/Steinmo 1992: 2ff.).

Innerhalb der neoinstitutionellen Ansätze werden die Institutionen nicht als das einzige Erklärungsmerkmal der politischen Strukturen oder des Systemwandels gesehen, sondern multikausale Zusammenhänge betrachtet. Der Neoinstitutionalismus besteht aus »einer vielfältigen Mixtur theoretischer Elemente und Methoden« (Beyme 2000: 106) und untergliedert sich in drei Strömungen, die sich parallel zueinander entwickelt haben: der *Rational-Choice*-Institutionalismus, der soziologische Neoinstitutionalismus und der historische Neoinstitutionalismus (Hall/Taylor 1996). Obwohl jeder Ansatz den Institutionen unterschiedliche Definitionen und Interpretationen zuschreibt, gehen alle drei Strömungen von der entscheidenden Rolle der Institutionen aus (Pollack 2009: 125).

Der *Rational-Choice*-Institutionalismus kann als akteurzentriert bezeichnet werden, wobei er die Institutionen vor allem als abhängige Variable(n) konstruiert und eine aggregative Institutionenbildung durch nutzenmaximierende Individuen darstellt (March/Olsen 1989: 119ff.; Morisse-Schilbach 2012: 226f.). Im *Rational-Choice*-Ansatz wird dem Akteur die einem mikroökonomischen Ansatz entsprechende Rolle eines Homo Oeconomicus zugeschrieben (Schulze 1997: 9). Die Institutionen werden als das Resultat der Handlungen der Individuen verstanden, die zu deren Entstehung und Wandel beitragen und die das Ziel verfolgen, Gewinne zu erzielen

(Kaiser 2001: 262). Außerdem bilden die Institutionen bestimmte Regeln aus, in deren Rahmen die Akteure agieren (Thelen/Steinmo 1992: 9). Diese institutionellen Rahmenbedingungen bestimmen die Handlungsstrategien der Individuen, und umgekehrt sind die Funktionsfähigkeit und die Stabilität der Institutionen von den Entscheidungen der Akteure abhängig (Schulze 1997: 9).

Der *soziologische* Institutionalismus ist die zweite Strömung innerhalb des Neoinstitutionalismus. Hier werden die werte- und normenorientierten Institutionen zu Orientierungspunkten für das Handeln der Akteure (Hall/Taylor 1996: 946f.; Pollack 2009: 126f.). Im Gegensatz zum *Rational-Choice*-Ansatz, bei dem sich die Handlungsstrategien der Akteure an einer *Logic of Consequentialism* (March/Olsen 1989: 943) orientieren, stützt sich der soziologische Institutionalismus auf eine *Logic of Appropriateness* als wichtigste Erklärungsvariable (Risse 2009: 159). Den Institutionen werden im soziologischen Ansatz, neben den formalen und informalen Funktionen, auch Normen, Werte, kognitive Muster und Moralvorstellungen zugeschrieben. Der soziologische Institutionalismus fokussiert sich in seiner These auf die Institutionen, die als eine Art Drehkreuz zwischen Ideen und Verhaltensstrukturierungen fungieren (Hall/Taylor 1996; Kaiser 2001: 263). Dabei determinieren die Institutionen nicht nur das Verhalten und die Handlungen der Individuen, sondern konzipieren auch deren Identität. Daraus ergibt sich, dass die Interessen der Individuen nicht durch exogene Faktoren bestimmt werden, sondern innerhalb der Institutionen zustande kommen und sich dort wandeln (Powell/DiMaggio 1991: 11). Die jeweiligen Verhältnisse zwischen den Institutionen und den Akteuren beruhen auf Wechselseitigkeit: Einerseits bestimmen die Institutionen die Handlungen der Akteure, andererseits stabilisieren die Individuen die Institutionen, indem sie die Spielregeln akzeptieren (Csigó 2006: 52).

Der *historische* Institutionalismus vereint einige Merkmale in sich, die sowohl dem *Rational-Choice*- als auch dem soziologischen Institutionalismus entlehnt sind und verortet sich somit als eine Zwischenposition innerhalb der Strömungen des Neoinstitutionalismus. Der historische Institutionalismus bezieht sich auf das wechselseitig aufeinander wirkende Verhältnis zwischen Akteuren und Institutionen und macht die Zeitdimension bzw. die historische Entwicklungsperspektive zur Variable innerhalb des eigenen Erklärungsansatzes (Kaiser 2001: 263; Morisse-Schilbach 2012: 227; Lauth/Thiery 2012: 272). Die Grundidee des historischen Institutionalismus ist die Historizität von Institutionen an sich, die besagt, dass »[...] in

der Vergangenheit getroffene politische Entscheidungen, geschaffene Institutionen [...] in die Gegenwart hineinwirken« (Mayntz 2002: 27) – dass »history matters« (North 1990: 100). Der historische Ansatz interpretiert den Institutionenbegriff in einem weiteren Kontext »[...] as the formal or informal procedures, routines, norms and conventions embedded in the organizational structure of the polity or political economy. They can range from the rules of a constitutional order or the standard operating procedures of a bureaucracy to the conventions governing trade union behavior or bank-firm relations. In general, historical institutionalists associate institutions with organizations and the rules or conventions promulgated by formal« (Hall/Taylor 1996: 938). Die Institutionen erfüllen hierbei nicht eine Funktion der Handlungsbeschränkung, sondern gelten eher als Determinanten für die Präferenzbildung (Csigó 2006: 44). Die politischen Strategien, die Ziele und individuellen bzw. kollektiven Präferenzen werden durch den institutionellen Rahmen bestimmt, der im historischen Ansatz als »Endogenisierung der Präferenzbildung« interpretiert wird (Schulze 1997: 20f.).

Im historischen Institutionalismus werden vier zentrale Merkmale hervorgehoben (Hall/Taylor 1996: 938ff.): Erstens ist das Verhältnis zwischen den Institutionen und dem individuellen Verhalten sehr weit konzipiert (Lauth/Thiery 2012: 272). Zweitens spielen die Machtasymmetrien bei der Bildung und beim Aufbau von Institutionen eine entscheidende Rolle. Die Macht unter den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen wird ungleichmäßig verteilt (Steinmo 1993: 7f.). Drittens neigt der historische Institutionalismus dazu, einen Blick auf die institutionelle Entwicklung zu haben, welche die Pfadabhängigkeit und unbeabsichtigte Folgen betont. Die Institutionenentwicklung und ihr Wandel werden im historischen Ansatz durch die Pfadabhängigkeit (Krasner 1984) und durch die nicht intendierten Konsequenzen erklärt. Die Pfadabhängigkeit entsteht aus den anfänglichen Institutionalisierungsentscheidungen der Akteure, die über einen längeren Zeitraum hinweg einen Entwicklungspfad kreiern haben, der aber wiederum zu einem späteren Zeitpunkt durch die *critical junctures* (kritische Augenblicke, institutionelle Weichenstellung) (Collier/Collier 1991) unterbrochen werden kann. Schließlich werden bei der Institutionenanalyse weitere Faktoren, wie Ideen, Überzeugungen und die gesellschaftlichen und situativen Entwicklungen, mitberücksichtigt (Hall/Taylor 1996). Die Entstehung und die Weiterentwicklung der Institutionen innerhalb eines zeitlichen Aspektes sind entscheidend im historischen Institutionalismus.

In der Transformationsforschung wird, wie oben bereits erwähnt, bei der Erklärung der unterschiedlichen Entwicklungsabläufe auf das Konzept der Pfadabhängigkeit zurückgegriffen. Es ist von entscheidender Bedeutung, die grundlegenden staatlichen Wandlungsprozesse innerhalb eines historischen Kontexts und Zeitabschnitts zu analysieren. Dies deckt sich mit dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit, in der unterschiedliche Transformationsszenarien im Baltikum und Südkaukasus bei ähnlichen Ausgangssituationen untersucht werden.

2.2 Pfadabhängigkeit

Das Konzept der Pfadabhängigkeit gehört zur entscheidenden analytischen Kategorie des historischen Institutionalismus. Sie ermöglicht der historisch orientierten, komparatistischen Forschung, durch verschiedene Modelle die temporal bestimmten, komplizierten und multikausalen Wirkungszusammenhänge zu erklären. Beim historischen Institutionalismus werden die voneinander abgrenzbaren politischen Prozesse in einer Zeitdimension miteinander verknüpft. Dabei geht es nicht um die Geschichte an sich, sondern um »placing politics in time« (Pierson 2004: 2–60). Die historische Kontextgebundenheit und der zeitliche Ablauf werden während der Transformationsprozesse als entscheidender Einflussfaktor wahrgenommen, wobei sich beide in der Theorie über das Phänomen der Pfadabhängigkeit erklären lassen. Das Konzept der Pfadabhängigkeit geht davon aus, dass die gegenwärtige Stabilität der Institutionen oder die politische Kontinuität auf in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen zurückgeht. Levi versucht, in den Begriff der Pfadabhängigkeit auch den sozialen Wandel und dessen Richtung hineinzuinterpretieren:

»Path dependence has to mean, if it is to mean anything, that once a country or region has started down a track, the costs of reversal are very high. There will be other choice points, but the entrenchments of certain institutional arrangements obstruct an easy reversal of the initial choice. Perhaps the better metaphor is a tree, rather than a path. From the same trunk, there are many different branches and smaller branches. Although it is possible to turn around or to clamber from one to the other – and essential if the chosen branch dies – the branch on which a climber begins is the one she tends to follow.« (Levi 1997: 28)

In Bezug auf die Bildung von Institutionen beinhaltet das Konzept der Pfadabhängigkeit eine stabile Etablierung der Institutionen, die entlang eines eingeschlagenen Pfades verläuft. Nach der getroffenen Entscheidung für eine Entwicklungsrichtung verstärkt sich die Pfadabhängigkeit in der zeitlichen Sequenz. Im Zusammenhang mit der pfadabhängigen Entwicklung sind aus theoretischer Perspektive drei Phasen von zentraler Bedeutung (Pierson 2000a: 76): Die Entwicklung beginnt mit dem historischen Zeitfenster (*critical juncture*) – im Falle dieser Arbeit kann der Zerfall der Sowjetunion als *critical juncture* bezeichnet werden, der beiden Regionen, sowohl dem Baltikum als auch dem Südkaukasus, ermöglichte, einen neuen Pfad einzuschlagen. In der zweiten Phase wird die pfadabhängige Sequenz in Gang gesetzt, die eng mit der Reproduktion der Selbstverstärkungsmechanismen verbunden ist. Dabei wird jene Phase der Pfadabhängigkeit eingeleitet, die durch Konzepte wie *increasing returns*, *self-reinforcing sequences* oder *positive feedback processes* geprägt wird (Pierson 2004). Die Institutionen, die mithilfe der *increasing returns* und der positiven Feedbacks stabilisiert werden, entwickeln ein lang anhaltendes Beharrungsvermögen, sodass wiederum die selbstreproduktive Machtbalance durch exogene oder endogene Schocks geändert wird. Dies führt zur erneuten institutionellen Weichenstellung (*critical juncture*). Dabei kann aufgrund robuster Reproduktionsmechanismen ein tiefgreifender Systemwechsel ausbleiben und die Institutionen können nach ein wenig Strukturanpassung zu der alten Pfadabhängigkeit zurückkehren (Lehmbruch 2002: 16).

Die Institutionenbildung beginnt in der Phase des historischen Zeitfensters (*critical juncture*). Diese Phase ist ein Zeitpunkt der Wahl (*choice point*), an dem die alternativen Optionen relativ offen sind. Der institutionelle Entwicklungspfad kann verschiedene Wege einschlagen (Collier/Collier 1991: 29f.). Die Ausgangsbedingungen, unter denen Institutionen gebildet werden, können komplett anders als die Gegebenheiten in der Reproduktionsphase sein. Deswegen sollten beide Phasen auch unabhängig voneinander unter Einbeziehung der unabhängigen und abhängigen Variablen untersucht werden.

Zunächst soll die Reproduktionsphase des institutionellen Pfades analysiert werden. Die pfadabhängige Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass »die Strukturen, die in einer eigentümlichen historischen Ausgangssituation entstanden sind, in der Folge dazu tendieren, sich selbst zu reproduzieren« (Lehmbruch 2002: 13). Der eingeschlagene Pfad der Institutionenbildung wird durch selbstverstärkende Mechanismen im zeitlichen Ablauf fester

etabliert, was dann zu einer positiven Rückkoppelung zwischen den Strukturen und den Akteurpräferenzen führt. Pierson entwickelte vier Merkmale der Selbstverstärkungsmechanismen, die für eine pfadabhängige Institutionenentwicklung von entscheidender Bedeutung sind: *Unvorhersehbarkeit*, *Inflexibilität*, *Nonergodicity*, *eine mögliche Pfadineffizienz* (Arthur 1994: 112, zit.n. Pierson 2000: 253). In der Anfangsphase einer neuen Pfadentwicklung ist schwer vorherzusagen, welche Ziele am Ende erreicht werden. Während in der Anfangsphase einer pfadabhängigen Entwicklung eine Umorientierung oder ein Pfadwechsel aufgrund des Fehlens etablierter Institutionalisierung vergleichsweise einfach ist, werden die alternativen Entwicklungsmöglichkeiten mit dem Zeitverlauf des neubestehenden Pfades immer weiter eingeschränkt oder sind mit hohen Kosten verbunden (Pierson 2000: 252; Pierson/Skocpol 2002: 699ff.). In Bezug auf das Institutionendesign und dessen Entwicklung führt dies zu einem *lock-in*-Effekt: Je weiter dem Pfad gefolgt wurde, desto schwieriger wird es, sich umzuorientieren, d.h. den Pfad zu verlassen und einen neuen Kurs einzuschlagen.

Das dritte Merkmal, die *Nonergodicity*, bedeutet, dass auch kleine Ereignisse in einer früheren Sequenz große Effekte auslösen können; deswegen sollten sie nicht vernachlässigt werden. Unter dem letzten Kriterium, *einer möglichen Pfadineffizienz*, wird ein Phänomen beschrieben, das zeigt, wie am Ende des eingeschlagenen Pfades weniger positives Feedback aufkommt als eine mögliche Alternative hervorgebracht hätte. Ein Beispiel für eine mögliche Pfadineffizienz könnte in einer Transitionsphase das Scheitern der Demokratisierungsprozesse und die Etablierung eines autoritären Regimes sein.

Eine Pfadabhängigkeit tritt in ein Stadium der selbstverstärkenden Prozesse über, nachdem eine positive Rückkoppelung zwischen dem Akteurverhalten und den Institutionen entstanden ist. Diese kommt erst dann zustande, wenn die Akteure ein Interesse entwickeln, einem bestimmten Entwicklungspfad zu folgen. Dabei wurden vier politische Faktoren genannt, die die Selbstverstärkungsmechanismen einer institutionellen Pfadentwicklung prägen (Pierson 2000: 257; 2004: 30f.): *Das kollektive Handeln* löst aufgrund der hohen Gründungskosten die selbstverstärkenden Mechanismen in der Politik aus. Deswegen überdauern die Institutionen eine lange Zeit, sofern sie einmal errichtet wurden. Ein Beispiel des kollektiven Handelns kann die Gründung einer Partei sein, die wiederum auf dem Vertrauen der individuellen Akteure basiert. Innerhalb eines politischen Systems existiert zweitens eine *Dichte* an formalen und informalen *institutio-*